

## 16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

### **Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung**

45. Sitzung  
9. Juli 2009

Beginn: 8.03 Uhr  
Ende: 10.46 Uhr  
Vorsitz: Andreas Gram (CDU)

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

**teilweise nichtöffentlich**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
Mobilfunkblocker im Strafvollzug – Dringlichkeit, aber kein Geld im Haushalt  
(auf Antrag der Fraktionen der CDU und der Grünen)

[0184](#)

Siehe Wortprotokoll.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
Personalnot in der JVA Tegel – was plant der Senat?  
(auf Antrag der Fraktionen der CDU und der Grünen)

[0185](#)

**Sven Rissmann** (CDU) fragt, ob Pressemeldungen zuträfen, dass die Ausdünnung des Personalbestands in der JVA Tegel zu ernststen Sicherheitsbedenken führe – er verweise auf Schlagworte wie „drohende Notlage“, „Personalnotstand“, „Sicherheitsrisiko“ – und am 29. bzw. 30. Juni fünf Stationen wegen Krankheit und Ausführungsdiensten gar nicht mit Justizbediensteten besetzt gewesen seien, sodass es zu einem Vollverschluss gekommen sei. Er führe an, dass am 7. Juni in der JVA Moabit einer Sollbesetzung von 22 Bediensteten eine Istbesetzung von zwölf gegenübergestanden habe, um deutlich zu machen, dass dies kein singuläres Ereignis sei, und frage, wie die Senatorin einen ordnungsgemäßen Anstaltsbetrieb – insbesondere in der bevorstehenden Urlaubszeit – gewährleisten wolle. Für die JVA Heidering würden 160 neue Justizbeamte benötigt. Angesichts der Ausbildungsdauer müssten entsprechende Mittel bereits in den Doppelhaushalt 2010/11 eingestellt werden. Wie seien die Planungen? Hätten Haftanstalten im Hinblick auf die Ausweitung der Besuchszeiten nach Inkrafttreten des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes Personalmehrbedarf geltend gemacht? Der hohe Krankenstand und die problematische Altersstruktur im Justizvollzugsdienst seien bekannt. Man stehe vor einem Riesenloch, dem in den Haushaltsberatungen begegnet werden müsse.

**Dirk Behrendt** (Grüne) wirft die Frage auf, ob SenJust in der JVA Tegel aus Personalnot schleichend eine Senkung der Standards – über die gesetzlich vorgeschriebenen Freistunden hinaus – vornehme. Bereits im Januar sei es zu einer erheblichen Einschränkung der Freistunden gekommen. Seit Anfang Juni seien vor-

mittags Freistunden weggefallen; abends werde früher eingeschlossen. Dabei handele es sich nicht um Einzel-fälle. Ihn interessiere, ob dies alle Teilanstalten der JVA Tegel betreffe und inzwischen Abhilfe geschaffen worden sei. Wenn aufgrund der Finanznot des Landes liberale Strafvollzugsstandards eingeschränkt werden müssten, müsse die Koalition offen dazu stehen. Es stelle sich die Frage, warum die Türme in Tegel – im Gegensatz zu Charlottenburg und Moabit – weiterhin mit Personal besetzt seien, das dann für Schließdienste und Ausführungen der Gefangenen fehle. Bei einem Krankenstand von 10 bis 15 Prozent müsse mehr getan, das Angebot von Maßnahmen weiter forciert werden. Zudem müsse das Personal von bürokratischen Vorgängen entlastet werden – Stichwort Kienbaum-Gutachten –, damit mehr Zeit für die Betreuung der Gefangenen zur Verfügung stehe. Wie weit sei die Justizverwaltung hier? Sei gewährleistet, dass die Standards über die Sommerferien gehalten werden könnten, oder stünden weitere Einschränkungen bevor?

**Dr. Fritz Felgentreu** (SPD) mahnt an, dass in dieser Sondersitzung auf neu eingetretene und dringliche Fragestellungen einzugehen sei. Die Abgn. Rissmann und Behrendt hätten grundsätzliche Fragen angesprochen sowie Fragen, die nach der Sommerpause in den Haushaltsberatungen zu erörtern seien. – Er frage SenJust, ob es Anhaltspunkte gebe, dass ein ordnungsgemäßer Anstaltsbetrieb in Tegel nicht gewährleistet sei, ob seit der Darstellung der Personalsituation im Februar 2009 signifikante Veränderungen eingetreten seien, die auf eine Personalnotsituation hindeuten könnten, ob signifikante Veränderungen beim Krankenstand zu verzeichnen seien und welche Maßnahmen SenJust zur Reduzierung des Krankenstands ergreife.

**Cornelia Seibeld** (CDU) fragt, ob zutrefte, dass Gefangene in Tegel in den letzten Wochen wegen Personalmangels weder in das JVK noch in öffentliche Krankenhäuser hätten ausgeführt werden können.

**Dr. Klaus Lederer** (Linksfraktion) macht geltend, dass die Stellen im Berliner Justizvollzug 1992 bis 2001 – also in der Ära Diepgen – von 88,5 auf 57,8 pro 100 Gefangene reduziert worden seien, während dieser Stand – 2008 54,3 Stellen – trotz schwieriger Haushaltsbedingungen und eines ehrgeizigen Konsolidierungskurses unter Rot-Rot im Wesentlichen gehalten worden sei. Er unterstreiche die Fragen des Abg. Behrendt, ob geplant sei, vom liberalen Strafvollzug in Berlin abzurücken und schleichend Standards zu senken.

**Sven Rissmann** (CDU) wendet ein, dass die genannte Zahl nicht bedeute, dass sich 54 Bedienstete um 100 Gefangene kümmerten. In der Jugendstrafanstalt Kieferngrund seien 66 Gefangene und fünf Bedienstete anwesend gewesen, als es zu den Tumulten gekommen sei.

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) verweist auf die vorliegenden Zahlen zum Berliner Justizvollzug. Eine Ausstattung von 54 Mitarbeitern auf 100 Gefangene sei nicht üppig, liege aber bundesweit im guten Mittelfeld. Die Situation habe sich durch Rückgang der Überbelegung auf vier bis sieben Prozent etwas entspannt. Die äußeren Bedingungen hätten sich durch Schaffung von rund 300 weiteren Haftplätzen in den letzten Jahren verbessert. Dadurch habe auch die Einzelunterbringung deutlich verbessert werden können. Die Personalausstattung sei knapp ausreichend und nicht schlechter als in den letzten Jahren. Allerdings habe sich der Krankenstand in den letzten Jahren auf einem unbefriedigend hohen Niveau eingependelt, wobei in Tegel der niedrigste Stand zu verzeichnen sei. In allen Vollzugsanstalten seien Arbeitsgruppen zum Gesundheitsmanagement eingesetzt worden. Es werde seit längerer Zeit am Konzept eines Sozialdienstes gearbeitet, der sich an der entsprechenden Einrichtung der Polizei ausrichte. Im Oktober würden Mitarbeiter zum Polizeidienst abgeordnet, um sie zu qualifizieren. Ab diesem Zeitpunkt könnten Mitarbeiter diesen Dienst in Anspruch nehmen. Des Weiteren würden Überlegungen zur Verbesserung von Arbeitsabläufen und Organisationsformen angestellt, damit mehr Zeit zur Betreuung der Gefangenen zur Verfügung stehe. Sie verweise auf die flächendeckende Einführung von „Basis Web“ und die Zusammenlegung der Anstalten Hakenfelde und Heiligensee. Allerdings führe die Entwicklung und Einführung von Arbeitserleichterungen vorübergehend zu einer größeren Belastung der einzelnen Mitarbeiter.

In der JVA Tegel sei in der Urlaubszeit – wie jedes Jahr – ein deutlich geringerer Besatz an Mitarbeitern vorhanden. Normalerweise habe man sich mit Praktikanten behelfen können, die momentan nicht zur Verfügung stünden. Deshalb habe die Anstaltsleitung mit dem Personalrat verabreden wollen, dass neue Mitarbeiter, die ab November ausgebildet werden sollten, vorgezogen im Angestelltenverhältnis eingestellt

würden. Es habe zunächst einen Dissens gegeben, der nun aber ausgeräumt sei. Ein kleiner Teil der ausgewählten Personen arbeite bereits in Tegel, ein weiterer Teil werde den Dienst am 1. August antreten. Damit versuche die Anstalt, die Situation zu entschärfen. Als weitere Mittel würden z. B. die Verschiebung von Urlauben und evtl. die Verstärkung durch eine andere Anstalt ins Auge gefasst. Die Besetzung der Türme habe so weit wie möglich reduziert werden sollen. Die Türme seien nicht alle besetzt, sondern nur zeitweise aus bestimmten Gründen. Dies werde so beibehalten. Sie gehe davon aus, dass notwendige Ausführungen durchgeführt würden. Andernfalls stelle sich die Frage einer disziplinarrechtlichen Untersuchung. Es könne sein, dass aufgrund der engen Personalsituation eine nicht zwingend erforderliche Ausführung verschoben werde, soweit dies medizinisch vertretbar sei. – Die Ausbildungsmittel für die JVA Heidering seien im Haushalt eingestellt. Ab 2010 werde mit der Ausbildung begonnen, sodass 2012 Personal zur Verfügung stehen werde.

Sie plane nicht, sich vom liberalen Strafvollzug zu entfernen. Dies werde durch vielfältige Reformbemühungen im Berliner Justizvollzug belegt. Sie verweise auf die Erarbeitung des Rahmenplans und der Konzeption für die Sicherungsverwahrten sowie viele weitere Maßnahmen, damit im Interesse eines Resozialisierungsvollzugs möglichst vielfältig mit den Gefangenen gearbeitet werde. Allerdings führe dies auch zu einer Belastung der Mitarbeiter. Um den Vollzug nicht zu überfordern, müsse man stufen.

**Susanne Gerlach** (SenJust) versichert, dass der gesetzliche Standard von einer Freistunde pro Tag in allen Anstalten eingehalten werde. Darüber hinaus werde in Tegel ein beachtliches Plus gewährt, von Montag bis Freitag in den Teilanstalten I, II und III nachmittags 1 Stunde 20 Minuten Aufenthalt im Freien, in den Teilanstalten V und VI eine Stunde, in den Teilanstalten I, II, V und VI eine zusätzliche Vormittagsfreistunde bzw. in der Teilanstalt III zwei zusätzliche Vormittagsfreistunden für von der Arbeitspflicht befreite und in den Hafräumen verbleibende Gefangene, im B-Flügel der Teilanstalt II und in Teilen der Teilanstalt III weitere Möglichkeiten, in den Teilanstalten V und VI von April bis September zusätzlich eine sogenannte Sommerfreistunde von 2 Stunden 30 Minuten in der Zeit von 17.30 bis 20.00 Uhr – die allerdings auf zwei Stunden verkürzt worden sei –, an Wochenenden und Feiertagen in den Teilanstalten I, II und III zwei Stunden Aufenthalt im Freien in der Zeit von 9.00 bis 11.00 Uhr sowie in den Teilanstalten V und VI eine Vormittags- und zwei Nachmittagsfreistunden. Bei Personalengpässen könne es zu einer gewissen Reduzierung der zusätzlichen Freistunden kommen. Des Weiteren werde großzügig Zellaufschluss gewährt, neben der Gewährung der Aufschlussstunden am Vor- und frühen Nachmittag erfolge der allgemeine Aufschluss in den Teilanstalten V und VI Montag bis Sonnabend von 17.15 bis 21.50 Uhr, in den Teilanstalten I, II und III Montag bis Mittwoch sowie Freitag und Sonnabend von 18.00 bis 21.50 Uhr, der Nachtverschluss in den Teilanstalten I, II und III an Sonn-, Feier- und Donnerstagen um 16.45 Uhr, in den Teilanstalten V und VI an Sonn- und Feiertagen um 17.45 Uhr. Der vorgezogene Nachtverschluss entfalle an Sommertagen mit mehr als 25°C. Im Juli und August werde etwas großzügiger von Aufschlussmöglichkeiten Gebrauch gemacht.

**Sven Rissmann** (CDU) erinnert an die Beantwortung seiner Fragen, ob in Tegel mehrere Stationen gar nicht besetzt gewesen seien und ein Sicherheitsrisiko bestehe. Wie viele Neueinstellungen erfolgten für Heidering?

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) verneint ein Risiko auch bei Personalengpässen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass Stationen nicht besetzt seien. Für Heidering seien 160 Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst vorgesehen.

**Dirk Behrendt** (Grüne) wendet ein, dass große Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg eher einen reinen Verwahrvollzug mit wenig Personal und schlechter Betreuungsrelation machten, was den Bundesdurchschnitt deutlich nach unten ziehe. Bisher habe in Berlin Einigkeit über einen guten Standard bei der Betreuung bestanden. Wenn die Senatorin davon aus Kostengründen abrücke und sich am Bundesdurchschnitt orientiere, müsse sie dies offen kommunizieren. Frau Gerlach habe deutlich gemacht, dass es aufgrund von Personalengpässen zu Einschränkungen gekommen sei. Dabei handele es sich nicht nur um Einzelfälle. Dies sei seit Anfang Juni offensichtlich Standard in Tegel. Seine Frage, ob in den nächsten Wochen mit weiteren Einschränkungen der Freistunden und Aufschlüsse gerechnet werden müsse, sei unbeantwortet geblieben. Wenn SenJust den gesetzlichen Anspruch von einer Freistunde herausstelle, stehe offenbar alles Weitere zur Disposition, was seine Fraktion nicht mittragen könne. Er merke an, dass es keinen gesetzlichen

keinen gesetzlichen Anspruch auf Aufschluss gebe, sodass Gefangene 23 Stunden pro Tag eingeschlossen werden könnten. – Zu Heidering halte er fest, dass die für dieses Jahr vorgesehenen Einstellungen nicht erfolgt seien, sodass sich die Frage aufdränge, ob mit einer planmäßigen Fertigstellung dieser überflüssigen Anstalt zu rechnen sei.

**Dr. Fritz Felgentreu** (SPD) hält entgegen, die von Abg. Behrendt angemahnte Diskussion über Standardsenkungen habe vor zehn Jahren stattgefunden. 1992 habe Berlin mit 20 Stellen über Hamburg gelegen. Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen legten offenbar keinen Wert auf einen Resozialisierungsvollzug. In Berlin habe in den letzten fünf Jahren keine nennenswerte Veränderung mehr stattgefunden. Der Standard werde gehalten. Angesichts der Haushaltslage könne sich Berlin keinen Standard deutlich über dem Bundesdurchschnitt leisten. Die Ausstattung sei nicht üppig, sodass permanent eine etwas angespannte, aber vertretbare Situation bestehe, die den Interessen des Strafvollzugs und des Steuerzahlers Rechnung trage. Die Reise nach Österreich habe gezeigt, dass Berlin wesentlich fortschrittlicher und stärker an einem Resozialisierungsvollzug orientiert sei als die Österreicher. Hier werde vieles sehr viel genauer genommen. Den Missbrauch von Lockerungsmaßnahmen im Umfang von drei Prozent hielten die Österreicher für einen guten Wert. Berlin liege im Promillebereich; gleichwohl sei heftig diskutiert worden, ob dies vertretbar sei. In Berlin trage Früchte, dass der Betreuungsschlüssel bei Sozialarbeitern und Psychologen besser sei.

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) weist zurück, dass SenJust Standards senke. Vielmehr sollten durch Neuorganisation von Arbeitsabläufen Standards verbessert werden. Der Resozialisierungsauftrag werde ernst genommen. Man wolle keinen Verwahrungsvollzug wie in Bayern. Berlin befinde sich durch die Finanzkrise in einer desolaten Haushaltssituation. Daher könne man es dem Finanzsenator nicht verdenken, dass er auf Vergleichszahlen verweise. Sie sei froh, dass es keine Einschnitte im Vollzug geben werde, allerdings habe SenJust in den Haushaltsverhandlungen nicht alle Wünsche durchsetzen können. Sie sei den Mitarbeitern, die gute Arbeit leisteten, sehr dankbar, dass sie bei den Neuerungen und Reformprojekten mitmachten, denn dies bedeute vorübergehend Mehraufwand, auch wenn er sich auszahlen werde. Die Entwicklung der nächsten Wochen könne sie nicht vorhersehen. Im Wesentlichen sei es Aufgabe der Anstaltsleitung, die Dienstpläne den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen und ggf. Maßnahmen zu treffen. Die Besetzung mit Personal sei knapp, aber keine Katastrophe. Im Bundesvergleich mache Berlin einen sehr guten Vollzug. Die Ausbildung für Heidering richte sich nach den beamtenrechtlichen Regularien und dauere zwei Jahre.

**Minka Dott** (Linksfraktion) betont, den Mitarbeitern im Vollzug sei für ihre Arbeit zu danken. Klagen über die Besetzung würden seit Jahren an Abgeordnete herangetragen. Im Interesse der Bediensteten und Inhaftierten seien die Bedingungen im Vollzug ständig zu durchleuchten. Es stelle sich aber die Frage nach der Alternative. Politik der Koalition sei, den Standard nicht weiter zu senken, den Justizetat – verglichen mit anderen Etats – zu schonen, den neuen Vollzug mit neuem Personal auszustatten und die Haftanstalten im Hinblick auf die Belegung zu entlasten. In den Haushaltsberatungen werde man über die Zahlen diskutieren.

**Dirk Behrendt** (Grüne) wiederholt, dass es aufgrund von Personalengpässen über Wochen zu erheblichen Einschränkungen für die Gefangenen komme. Dieser Status müsse zunächst anerkannt, dann Abhilfe geschaffen werden. Der Verweis auf die Bundesstatistik sei schief, da Berlin einen Teil der Leistungen, z. B. Sozialberatung, mit öffentlich Bediensteten erbringe, die in anderen Bundesländern privatisiert seien, sodass sich – selbst wenn Berlin im Mittelfeld liege – ein schlechterer Standard ergebe. Die Koalition akzeptiere somit offensichtlich Standardsenkungen. Über Alternativen sei ausführlich diskutiert worden. Es sei falsch, 150 Mio. Euro für eine überflüssige Anstalt auszugeben. Diese Mittel seien in Personal, bessere Betreuung und Befähigung der bisherigen Anstalten zu investieren. Nachdem mit großem finanziellen Aufwand Doppelzaun- und Videoüberwachungsanlagen installiert worden seien, sei unbefriedigend, dass weiterhin Personal in den Türmen sitze und nicht zur Betreuung zur Verfügung stehe, wie dies zugesagt worden sei.

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) macht geltend, dass die Vergleichszahlen einheitlich ermittelt würden und daher aussagekräftig seien. Es gebe keine Privatisierung der sozialen Dienste. Evtl. meine Abg. Behrendt die Privatisierung der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg. Unseriös sei die Behauptung, dass das erforderliche Freizeitniveau nicht gewährleistet sei. Über den gesetzlichen Standard hinaus existiere ein

gutes Niveau an Freistunden und sonstigen Angeboten, das beibehalten werden sollte. Dass es vereinzelt in bestimmten Situationen zu Einschränkungen kommen könne, könne man nie ausschließen. Die Türme seien – wie angekündigt – in der Regel nicht und nur in Einzelfällen – bei entsprechender Notwendigkeit – besetzt. Sie halte Heidering für unverzichtbar, um die Überbelegung abzubauen und dort unter modernen baulichen Bedingungen einen Vollzug mit einer 75-prozentigen Beschäftigung in Arbeit realisieren zu können.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
Tumulte in der Jugendstrafanstalt Kieferngrund  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion)

[0186](#)

**Dr. Fritz Felgentreu** (SPD) äußert, der Vorfall in der JVA Kieferngrund sei als Warnsignal ernst zu nehmen. Nach den Standardverbesserungen im Zusammenhang mit dem Jugendstrafvollzugsgesetz habe man von einer Entspannung der Situation im Jugendstrafvollzug ausgehen können. In anderen Bundesländern zeigten sich erhebliche Probleme. Er verweise auf Sachsen, wo ein Insasse beinahe getötet worden wäre. Ihn interessiere, welche Erkenntnisse über den Vorfall in Kieferngrund vorlägen, ob eine angemessene Betreuung gewährleistet sei und wie solche Vorfälle künftig von vornherein ausgeschlossen werden könnten.

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) erklärt, Vorfälle wie in Kieferngrund und Sachsen oder die Geiselnahme in Bayern könne man – auch mit dem besten Vollzug und dem besten Personalbestand – nie hundertprozentig ausschließen. Sie sei froh, dass der Vorfall in Kieferngrund so glimpflich abgelaufen sei, auch weil die Bediensteten vor Ort sehr umsichtig und professionell – entsprechend den Sicherheitskonzepten – reagiert hätten, sodass die Situation mithilfe von Verstärkung aus der Hauptanstalt sowie Polizei und Feuerwehr innerhalb von zwei Stunden habe bereinigt werden können. Die Separierung der Randalierer und vorübergehende Überführung in die Hauptanstalt habe sich als richtige Entscheidung erwiesen. Bisher habe man keine Defizite bei der Behandlung des Vorfalls feststellen können. Die Entstehung solcher Situationen sei schwer zu beurteilen. Sie sei zunächst davon ausgegangen, dass u. a. die Hitze eine Rolle gespielt haben könnte. Dies sei von den Mitarbeitern vor Ort eher verneint worden. Vielmehr handele es sich um Jugendliche, die bereits im Alter ab 14 Jahren erhebliche Straftaten begangen hätten, sich nicht durch angepasstes Verhalten auszeichneten und in der Anstalt mit einem sehr geregelten Tagesablauf konfrontiert seien. Je nachdem, wie sich Gruppierungen darstellten, gebe es auch Kämpfe um die Vormacht. Vor diesem Hintergrund sei von einer gruppendynamischen Entwicklung auszugehen, die zu dieser Situation geführt habe.

**Marius Fiedler** (JSA) berichtet, 15 Gefangene hätten in ihren Hafträumen Scheiben zerschlagen und in vier Hafträumen Mobiliar zerstört. Ein Gefangener habe darüber hinaus versucht, Textilien und eine Matratze anzuzünden, was aber nur zu einer erheblichen Rauchentwicklung geführt habe, da die Matratze schwer entflammbar sei. Um 19.30 Uhr hätten Mitarbeiter festgestellt, dass ein Gefangener seine Scheibe zerschlagen habe, und daraufhin Vorbereitungen zur Verlegung in einen anderen, freien Haftraum getroffen. Als nach und nach immer mehr Scheiben zerschlagen worden seien, hätten sie die Hauptanstalt informiert, die sofort fünf Bedienstete zur Verstärkung losgeschickt habe. Allerdings betrage die Fahrzeit – je nach Verkehrsaufkommen – max. eine Stunde. In der Zwischenzeit sei die Rauchentwicklung entdeckt worden. In Absprache mit der Leitzentrale der Hauptanstalt sei daraufhin die Polizei gerufen worden, die mit 35 Beamten erschienen sei. Die Bediensteten vor Ort hätten das Feuer noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht. Die Gefangenen seien einzeln aus den Hafträumen geholt und in die Hauptanstalt transportiert worden. In der Hauptanstalt seien die Gefangenen in besonders gesicherte Hafträume mit reduzierter Ausstattung gebracht und vorsichtshalber der Nachtdienst verstärkt worden. Es habe keinerlei Widerstandshandlungen gegeben. Die Verlegung sei ruhig und ohne Probleme verlaufen. Er danke den Mitarbeitern für ihr umsichtiges Handeln.

**Sven Rissmann** (CDU) konstatiert, dass die Beamten des Justizvollzugs, der Polizei und Feuerwehr dieses Vorkommnis, das in Berlin bislang einzigartig sei, gut in den Griff bekommen hätten. Klar sei, dass so etwas in Haftanstalten nie ganz ausgeschlossen werden könne. Dennoch stelle sich die Frage, inwieweit durch die

Politik steuerbare Faktoren eine Rolle gespielt hätten und wie es um die bauliche und personelle Ausstattung der Haftanstalten stehe, damit die Wahrscheinlichkeit des Eintritts solcher Ereignisse möglichst gering sei. Dass die Hitze nicht zur Entschuldigung herangezogen werden könne, habe die Senatorin nun selbst deutlich gemacht. Sie habe auch dargestellt, dass dort gefährliche Jugendliche in U-Haft säßen. Im Widerspruch dazu stehe die personelle Besetzung der Anstalt an dem betreffenden Abend. Es seien – wie öffentlich kolportiert worden sei – fünf Bedienstete – ein Angestellter ohne Hoheitsbefugnisse, ein Anwärter und drei „Jungbeamte“ auf Probe, also kein dienstfahrener Beamter – zur Beaufsichtigung von 66 Inhaftierten anwesend gewesen. Die Senatorin müsse dafür sorgen, dass Dienstpläne von den dazu Berufenen mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des Vollzugs gemacht würden.

**Dr. Sebastian Kluckert** (FDP) hält fest, dass – über die Problematik in einzelnen Zellen hinaus – keine Gefahr für die Sicherheit der Anstalt bestanden und es keine Zusammenrottung von Personen gegeben habe. Nichtsdestotrotz blieben die Motive unklar. Es könne sich um ein „rein erlebnisorientiertes Ereignis“, aber auch um vollzugsbedingte Faktoren gehandelt haben. Er frage nach dem Aufschluss in den Tagen vor dem Tumult, den Ergebnissen der angekündigten Befragungen und dem Status der Bediensteten vor Ort.

**Dirk Behrendt** (Grüne) begrüßt, dass die Senatorin von ihrer Hitzehypothese abgerückt sei, die sonst wahrscheinlich zur Ausrede Nr. 1 in Moabiter Strafprozessen geworden wäre. Es sei bereits breit kritisiert worden, dass die Justizsenatorin für Straftaten die Hitze verantwortlich mache. Ihn interessiere, ob es in Kieferngrund vorher Anzeichen für eine Unzufriedenheit und eine Verschärfung der Haftbedingungen gegeben habe. So solle in den letzten Tagen wegen Personalmangels eine Veränderung bei der Essensausgabe – in Zellen statt in Wohngruppen – erfolgt sein. Ihm sei gestern in der Anstalt versichert worden, dass mehr als einmal pro Woche geduscht werden könne, wofür er um Bestätigung bitte. Zu Abg. Dr. Felgentreu bemerke er, dass die Umsetzung der bescheidenen Reformschritte – abgesehen von der Uniformpflicht, die seine Fraktion für keine Verbesserung des Jugendstrafvollzugs halte – ins Stocken geraten sei. Den Antrag, 20 Stellen zur Verbesserung der Betreuung in der JSA vorzusehen, habe die Koalition in den letzten Haushaltsberatungen abgelehnt. Gleiches gelte für den Gesetzentwurf der Grünen, der die Rechte der Gefangenen auf Ausführung und Beschäftigung besser geregelt hätte. Dies sei bedauerlich, denn bei jugendtypischen Verfehlungen bestehe die Möglichkeit, auf die Klientel einzuwirken, damit sich kriminelle Karrieren nicht verfestigten.

**Vorsitzender Andreas Gram** fragt, wie es sein könne, dass die Anstalt mit zertrümmerbaren Fenstern und Möbeln ausgestattet sei, und welche Lehren der Senat daraus ziehe. Bei den Fenstern beunruhige ihn dies sehr.

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) betont, sie habe in der Pressekonferenz auf die Frage, wie sie sich den Vorfall erkläre, mitgeteilt, dass noch keine Erkenntnisse vorlägen, sie sich aber vorstellen könne, dass die Hitze zu einem Aggressionsstau beigetragen habe. Diese Erklärung sei nicht abwegig, da sich Inhaftierte bei großer Hitze immer wieder beschwerten, dass es in den Hafträumen zu stickig sei. Dies erkläre allerdings nicht die Begehung von Straftaten. Die Bediensteten vor Ort hätten dies nicht als Anlass bestätigt. Zur Ausbildung gehöre, dass Praktikanten in den einzelnen Bereichen eingesetzt würden. Natürlich würden auch Probebeamte eingesetzt. Die eingesetzten Beamten hätten sich nicht überfordert gefühlt und die Situation hervorragend gemeistert. Dass nur einmal pro Woche geduscht werden könne, stimme nicht. Bei Aufschluss könnten alle jeden Tag duschen. Die Fenster seien im Wesentlichen mit Einfachglas ausgestattet, das in Kürze durch Verbundglas ersetzt werde. Allerdings seien Fenster immer zerstörbar. Beim Mobiliar plädiere sie für eine Situation, die sich nicht ganz vom normalen Leben entferne. Die Anstaltskleidung habe nachweislich zu einer erheblichen Entspannung geführt, da der Druck unter den Gefangenen entfalle, sich Markenkleidung zu beschaffen. Im Übrigen sei dies nicht die einzige Regelung im Jugendstrafvollzugsgesetz.

**Marius Fiedler** (JSA) legt dar, dass die Gefangenen wochentags in der Regel von 7.00 bis 15.00 Uhr mit Schul- und Arbeitstrainingsmaßnahmen beschäftigt seien. Hinzu kämen Gruppenaktivitäten und Kurse in der Freizeit. Allerdings sei es nicht leicht, am Wochenende Angebote zu machen, da man auf Externe zurückgreifen müsse. Es treffe zu, dass das Essen an dem betreffenden Tag – in Abweichung von den anderen Tagen – am Haftraum ausgeteilt worden sei. Die Mitarbeiter hätten so entschieden, weil die Situation schon am Morgen als unruhig eingeschätzt worden sei; bei einem Sportangebot habe es Rufe und „Frotzeleien am Fenster“ gegeben. Daraufhin seien Riegel angebracht worden, die nur ein Ankippen des Fensters zuließen.

Die Gefangenen hätten sich dann gegenseitig angestachelt, die Fenster einzuschlagen. Die meisten Gefangenen kennen sich bereits aus der Zeit vor der Inhaftierung. Insofern würden Konflikte verschiedener Gruppierungen mit in die Anstalt getragen, die nicht immer erkennbar seien. Gleiches gelte für Verwandtschaftsbeziehungen, die mitunter sehr konfliktbelastet sein könnten. Dies habe anscheinend auch an diesem Tag eine Rolle gespielt. Befragungen der Gefangenen seien im Hinblick auf eventuelle Einschränkungen, Qualität des Essens oder Ärger mit Bediensteten negativ verlaufen. Es gebe vier zerstörte Hafträume, allerdings seien nicht überall alle Möbel zerstört worden; manche hätten nur ihre Essensschalen zerstört. Die Zerstörungen seien insgesamt nicht umfangreich, was allerdings nicht bedeute, dass Zerstörungen hinnehmbar seien. Suizidspezialisten forderten, dass die Möblierung keine aggressive Atmosphäre erzeugen dürfe. Sicherheitsspezialisten plädierten hingegen für festgeschraubte Stahlmöbel. Insofern sei es schwierig, den richtigen Weg zu finden. Zum Teil gebe es schon Verbundglas, das weniger gefährlich sei. Es seien auch einige Verbundglasscheiben zerstört worden. Die Überlegung, grundsätzlich Verbundglas zu verwenden, begrüße er.

Die Schichtbesetzungen seien Teil des Sicherheitskonzepts. Daher werde er zur Anzahl der Bediensteten nicht Stellung nehmen. Ausgehend von der Durchschnittszahl von 54,2 Stellen auf 100 Gefangene und unter Berücksichtigung, dass rund ein Drittel nicht Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes seien und die verbleibende Zahl wegen des Schichtdienstes durch 5,4 geteilt werden müsse, halte er fest, dass die Ausstattung zu dem betreffenden Zeitpunkt etwas oberhalb des Schnittes gelegen habe. Zur Frage, ob die richtigen Beamten vor Ort gewesen seien: Ein voll ausgebildeter Beamter sei der richtige Beamte. Ein Beamter, der 20 Jahre Dienst tue, sei nicht automatisch besser. Alle Beamten seien mehr als drei Jahre im Dienst.

**Benedikt Lux** (Grüne) bemerkt, ganz lasse sich nie erklären, wie sich eine Gruppendynamik unter vielen jungen Männern entwickle. Insofern würden Fragen offenbleiben. Spannend sei allerdings gewesen, ob Standardsenkungen – in Einzelfällen oder systematisch –, Sanktionen oder das Nichtvermögen der Anstalt an diesem Tag eine Rolle gespielt hätten. Ihn interessiere, wie mit den Inhaftierten weiter verfahren werde.

**Cornelia Seibeld** (CDU) schließt die Frage an, ob Ermittlungs- und zivilrechtliche Regressverfahren eingeleitet worden seien.

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) stellt klar, dass es sich nicht um Standardsenkungen gehandelt habe. Die Essensausgabe in den Hafträumen sei eine angemessene Reaktion auf aggressives Verhalten gewesen. Es sei Strafanzeige erstattet worden. Mit den Inhaftierten sei auch über die Regulierung der Schäden gesprochen worden. Diese werde akzeptiert. Ein Teil sei wieder in der JVA Kieferngrund, ein Teil noch in der Hauptanstalt; die Frage der Rückverlegung sei nach dem weiteren Verhalten zu entscheiden.

**Marius Fiedler** (JSA) ergänzt, dass in jedem Fall Schadenersatz verlangt werde. Eine Strafanstalt sei kein rechtsfreier Raum; Straftaten würden angezeigt. Die Schadensregulierung werde von allen Inhaftierten anerkannt, was sonst eher nicht üblich sei. Das Bewusstsein, etwas falsch gemacht zu haben, sei vorhanden.

**Benedikt Lux** (Grüne) bittet um einen Bericht nach Abschluss der Ermittlungsverfahren.

**Vorsitzender Andreas Gram** stellt fest, dass SenJust dies zusage.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung**

Verschiedenes

**Senatorin Gisela von der Aue** (SenJust) informiert den Ausschuss über einen Suizidversuch am 28. Juni in der Frauen-JVA. Eine Inhaftierte habe sich die Pulsadern aufgeschnitten, sei aber rechtzeitig gefunden und in das JVK überführt worden. Akute Lebensgefahr habe nicht bestanden.